

Hannes Adomeit

Fehler im Betriebssystem

Die russisch-amerikanischen Beziehungen

xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx
xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx
xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx
xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx
xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx xxx

In der Diskussion über die deutsche Russlandpolitik ist gegenwärtig ein Sättigungsgrad erreicht.¹ So wichtig das Thema politisch und wissenschaftlich bleibt, besteht derzeit dringenderer Bedarf, die amerikanisch-russischen Beziehungen zu untersuchen. Denn die Abkühlung des Verhältnisses zwischen Washington und Moskau hat im August 2013 einen neuen Tiefpunkt erreicht. Das wirft einige Fragen auf: Wie kommt es, dass aus all den Visionen während der Perestrojka unter Michail Gorbachev, die Sowjetunion mit Hilfe eines „Grand Bargains“ zu Demokratie mit freier Marktwirtschaft, rechtsstaatlichen Verhältnissen und einer aktiven Zivilgesellschaft zu transformieren und das Land in eine „neue Weltordnung“ zu integrieren, nichts geworden ist? Warum sind die in der El’cin-Ära gängigen Konzepte zur Errichtung einer „Euroatlantischen Gemeinschaft von Vancouver bis Vladivostok“ gescheitert? Warum sind auch in der Putin-Ära all die „historischen Durchbrüche“, „Wendepunkte“ und „Neustarts“ im Verhältnis zwischen den USA und Russland immer wieder im Sande verlaufen? Warum dieser Zyklus von Euphorie und großer Erwartung zu Enttäuschung und Entfremdung?

Die Antwort ist einfach. Um bei dem von der Regierung Obamas geprägten Bild des Neustarts (*reset*) zu bleiben, beim Drücken der entsprechenden Taste werden ja die all die Programme aufgerufen und die Pfade wieder beschriftet, die vorher installiert wurden. Grundsätzlich kann sich also nichts ändern. Das ganze Betriebssystem müsste ausgetauscht werden. Es geht also darum, herauszufinden, wie dieses System aussieht, was seine bestimmenden Elemente sind und was zu tun ist, um grundlegende Verbesserungen zu erreichen.

Hannes Adomeit (1942), Ph.D. (Columbia), Professor (part-time), College of Europe, Natolin Campus, Warschau, Berlin. Von ihm erschien zuletzt in OSTEUROPA: Integrationskonkurrenz EU-Russland. Belarus und Ukraine als Konfliktfelder, in: Auge auf! Aufbruch und Regression in Russland. Berlin 2012 [= OE 6–8/2012], S. 383–406.

¹ So Heinrich Vogel in: Stabilität durch Evolution. Russlandpolitik zwischen Konfrontation und Kooperation, in: OSTEUROPA, 8/2013, S. 115–127, hier S. 115

Ein derartiges Unterfangen ist nicht zuletzt deswegen dringend notwendig, weil sich das russisch-amerikanische Verhältnis auf die deutsch-russischen Beziehungen auswirkt. Zu fragen ist also auch, inwiefern die Entfremdung im deutsch-russischen und jene im russisch-amerikanischen Verhältnis dieselben Ursachen hat. Die Ergebnisse der Untersuchung könnten letzten Endes auch der unter anderem in OSTEUROPA geführten Debatte über die deutsche Russlandpolitik neue Impulse geben.²

Arbeitshypothese und Antwort auf die Frage nach den Ursachen des zyklisch zu beobachtenden Absturzes des russisch-amerikanischen Betriebssystems sind die grundsätzlich unterschiedlichen, inkompatiblen Wahrnehmungen der Regierungen sowie der innen- und außenpolitischen Ziele des Gegenübers. Das zeigt der letzte Zusammenbruch des Betriebssystems im August dieses Jahres.

Der Absturz 2013

Auslöser des Absturzes war die Entscheidung der russischen Regierung am 1. August 2013, dem – je nach Standpunkt – „Whistleblower“ oder „Verräter“ von Staatsgeheimnissen Edward Snowden Asyl in Russland zu gewähren. Sechs Tage später reagierte das Weiße Haus mit der Absage des Gipfeltreffens der Präsidenten Obama und Putin, das für Anfang September in Moskau geplant gewesen war. Der US-Regierungssprecher, der diesen Schritt bekannt gab, war bemüht klarzustellen, dass der Schritt Moskaus zwar „enttäuschend“, aber nicht der wesentliche Grund für die Absage gewesen sei. Nach sorgfältiger Prüfung sei die US-Administration zu dem Schluss gekommen, dass man in wichtigen Fragen nicht ausreichend vorangekommen sei, um ein Treffen zu rechtfertigen. Als herausragende Beispiele für den Mangel an Fortschritten nannte er die in Europa geplante Raketenabwehr, die strategische Rüstungskontrolle, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, globale Sicherheitsfragen (offensichtlich Syrien und Iran), Menschenrechte und Zivilgesellschaft.³

In einer Talkshow bedauerte Obama öffentlich, dass es zwar positive Aspekte in den Beziehungen gebe, Putin aber leider „manchmal zurück in das Denken und die Mentalität des Kalten Krieges fällt“.⁴ Im Hinblick auf das abgesagte Gipfeltreffen meinte er, es sei

² Wolfgang Eichwede: Einmischung tut not! Wider den Selbstbetrug der Putin-Freunde, in: OSTEUROPA, 4/2013, S. 91–100. – Hans-Joachim Spanger: Kooperation tut not! Wider die Blindheit der Putin-Feinde, in: OSTEUROPA, 7/2013, S. 167–174. – Andreas Heinemann-Grüder: Wandel statt Anbiederung. Deutsche Russlandpolitik auf dem Prüfstand, ebd., S. 179–194. – Fabian Burkhardt: Neopatrimonialisierung statt Modernisierung. Deutsche Russlandpolitik plus russischer *otkat*, in: OSTEUROPA, 8/2013, S. 95–106. – Hans-Henning Schröder: Russland in Europa. Randbemerkungen zur deutschen Russlanddebatte, in: ebd., 107–114.

³ Statement by the Press Secretary on the President’s Travel to Russia, 7.8.2013 <www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/08/07/statement-press-secretary-president-s-travel-russia>.

⁴ So Obama in der Tonight Show von NBC, 6.8.2013 <<http://tv.msnbc.com/2013/08/06/obama-on-leno-surveillance-russias-gay-crackdown-and-trayvon-martin/>>.

angebracht, inne zu halten und neu einzuschätzen, wohin Russland geht, was unsere Kerninteressen sind, und dass wir unsere Beziehung darauf abstimmen.⁵

Das Weiße Haus legte sogar Wert auf die Feststellung, dass Obama sich auch nicht am Rande des für den 5 und 6. September 2013 terminierten G20-Gipfels in St. Petersburg separat mit Putin treffen wolle. Als Ersatz kündigte es einen Besuch des Präsidenten in Schweden an, das international eine „wichtige Führungsrolle“ spiele – offenbar im Gegensatz zu Russland.⁶ Auch der Kongress machte seine Haltung deutlich. Die Vorsitzenden der Mehrheitsparteien im Senat und im Repräsentantenhaus lehnten es ab, eine Duma-Delegation zu empfangen, die ihren amerikanischen Kollegen den russischen Standpunkt in der Syrien-Frage nahelegen wollte.

Zur Bestandsaufnahme des Absturzes gehört die Tatsache, dass der Ton in den Beziehungen immer schärfer geworden ist. Schon in der ersten Amtszeit Obamas war es aus Außenministerin Hillary Clinton herausgebrochen:

Es ist erschütternd zu sehen, wie zwei ständige Mitglieder des Sicherheitsrats ihr Veto gebrauchen, während Menschen ermordet werden. [...] Es ist einfach verabscheuungswürdig.⁷

Umgekehrt bezeichnete Putin die Position der Regierung Obamas, das Regime in Damaskus sei für den Einsatz von Giftgas verantwortlich, als „völligen Blödsinn“.⁸ Und Außenminister Kerry warf er vor: „Er lügt. Und er weiß, dass er lügt. Das ist traurig.“⁹

In der amerikanischen Öffentlichkeit, zumindest innerhalb des Washington, D.C. umschließenden Beltways, herrscht seit Jahren eine russlandkritische Haltung, die je nach Anlass in russlandfeindliche Stimmung umschlägt. Dies trifft sowohl auf beide politischen Parteien im Kongress zu, Demokraten wie Republikaner, als auch auf das Repräsentantenhaus und den Senat. Entsprechend hatte die Entscheidung des Kremls in der Snowden-Affäre Entrüstung und den Ruf nach Strafmaßnahmen ausgelöst. Obama blieb praktisch keine andere Wahl, als sich im Verhältnis zu Russland „tough“ zu zeigen und den Gipfel abzusagen.

Der kritisch bis feindlich gegenüber Russland verfassten Grundstimmung entsprechend, erhoben einflussreiche Senatoren, deren Realitätssinn offensichtlich einiges zu wünschen übrig ließ, etliche Forderungen: Alle Phasen des Raketenabwehrprogramms in Europa sollten vorangetrieben und eine weitere Runde der NATO-Osterweiterung

⁵ Präsident Obama am 9.8.2013. Remarks by the President in a Press Conference, <www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/08/09/remarks-president-press-conference>.

⁶ Press Briefing by Press Secretary Jay Carney, <www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/08/08/press-briefing-press-secretary-jay-carney-882013>.

⁷ Nach einer Konferenz der Friends of Syria, <www.cbsnews.com/8301-202_162-57384576/clinton-blasts-china-russia-over-syria/>.

⁸ V. Putin posovetoval SŠA „kak sleduet podumat“ pered udarom po Sirii, <<http://top.rbc.ru/politics/31/08/2013/874232.shtml>>.

⁹ Im Zusammenhang mit einer Behauptung Kerrys gegenüber Kongressabgeordneten, al-Quaida sei in Syrien nicht aktiv. V. Putin o gossekretare SŠA: Vrët i znaet ved', što vrët, <<http://top.rbc.ru/politics/04/09/2013/874840.shtml>>.

energisch in Angriff genommen werden – und dies unter Einschluss Georgiens. Das Transatlantische Freihandelsabkommen müsse zügig ausgehandelt werden, damit größere Mengen an amerikanischem Öl und Gas nach Europa geliefert und dessen seit langem bestehende Energieabhängigkeit von Russland beseitigt werden könne. Das Magnitskij-Gesetz solle verschärft und der an Menschenrechtsverletzungen beteiligte Personenkreis zur Rechenschaft gezogen werden.¹⁰ Washington solle die politisch motivierten Prozesse und Urteile gegen „Dissidenten“ wie Michail Chodorkovskij and Aleksej Naval’nyj thematisieren und die vielen Menschen unterstützen, die sich für mehr Freiheit, Offenheit und rechtsstaatliche Verhältnisse in Russland einsetzen.¹¹ Die nächsten zu unternehmenden Maßnahmen sollten darin bestehen, die Olympischen Winterspiele 2014 in Soči zu boykottieren¹² und den G20-Gipfel in St. Petersburg zu verschieben.¹³ Der schon in früheren Krisen als Hardliner hervorgetretene republikanische Senator John McCain brachte die Stimmung in Washington auf den Punkt:

Es war schon seit langem notwendig, eine realistischere Haltung in unseren Beziehungen zu Russland einzunehmen, und ich hoffe, dass wir jetzt endlich damit anfangen.¹⁴

Russland, so eine weitere Reaktion, könnte man einfach die kalte Schulter zeigen, es ignorieren. Denn dieses Land sei eigentlich gar nicht so wichtig. Kommentatoren äußerten sich nicht weniger eindeutig. Thomas Friedman ätzte: „Es ist sinnlos, noch mehr Zeit mit ihm [Putin] zu verschwenden.“¹⁵ Und für den ehemaligen und langjähriger Botschafter der USA in der Ukraine und früheren Leiter des Büros für European and Eurasian Affairs im State Department Steven Pifer lag nahe, dass Obama zu dem Schluss kommen sollte, dass der Versuch, konstruktive Beziehungen mit Putin aufzu-

¹⁰ Offiziell heißt das Gesetz Russia and Moldova Jackson-Vanik Repeal and Sergei Magnitsky Rule of Law Accountability Act. Der Präsident unterzeichnete es am 14.12.2012. Das Gesetz beseitigte einerseits im Kalten Krieg erlassene Handelsbeschränkungen, untersagte aber andererseits einer Reihe von Personen, die für die mangelnde Aufklärung des von Hermitage-Capital Anwalt Magnitskij aufgedeckten Korruptionsskandals und seinen Tod im Gefängnis verantwortlich gemacht wurden, die Einreise in die USA und für ihr Kapitalvermögen in den USA ein.

¹¹ Statement by Senators John McCain and **Lindsey** Graham on President Obama’s Remarks on Syria. Washington D.C. August 31, 2013, <www.mccain.senate.gov/public/index.cfm?FuseAction=PressOffice.PressReleases&ContentRecord_id=d5e73ff1-c31d-91ba-58ec-800af5b788ae>.

¹² So Lindsey Graham von der Republikanischen Partei, Senator für South Carolina: Senator Lindsey Graham Says U.S. Should Consider Boycotting Sochi Olympics Over Edward Snowden, <<http://olympictalk.nbcsports.com/2013/07/17/senator-lindsey-graham-boycott-sochi-olympics-edward-snowden/>>.

¹³ So Charles Schumer, Senator für New York, von der Republikanischen Partei: Senator Urges Obama to Recommend Moving G20 Summit Outside Russia, <<http://www.reuters.com/article/2013/08/01/us-usa-russia-schumer-idUSBRE97014Z20130801>>.

¹⁴ Statement by Senator John McCain on Russian Government Asylum for Edward Snowden, <www.mccain.senate.gov/public/index.cfm?FuseAction=PressOffice.PressReleases&ContentRecord_id=3a7c05de-043b-07c2-4246-fedb9c0420d2>.

¹⁵ Thomas Friedman: Obama, Snowden and Putin, in: New York Times, 14.8.2013 <www.nytimes.com/2013/08/14/opinion/friedman-obama-snowden-and-putin.html?_r=0>.

bauen, in den USA innenpolitisch problematisch und in der internationalen Politik kaum erfolgversprechend sei. Deshalb sei vielleicht ein Kurs aus Indifferenz und selektiver Zusammenarbeit mit Russland am besten. Damit sei auch die interessante Frage verbunden, wie sich amerikanische Gleichgültigkeit mit dem „Großmacht“-Anspruch und Prestigestreben Putins verträge.¹⁶

Außerhalb des Districts of Columbia mögen NSA, Snowden und Russland ein „müdes Gähnen“ erzeugen.¹⁷ Die Russlandpolitik Obamas wird jedoch von der Haltung und dem Einfluss politischer Entscheidungsträger scharf begrenzt. Dies zeigen nicht nur die Verschiebung des Gipfels, sondern auch Obamas Unterschrift unter das Magnickij-Gesetz. Er selbst befürwortete es nicht, im Kongress wurde es aber mit überwältigenden Mehrheiten angenommen – mit 92 zu 4 Stimmen im Senat und 365 zu 43 Stimmen im Repräsentantenhaus.

Schon in den Wahlkämpfen des Vorjahres waren sowohl die innenpolitische Bedingtheit amerikanischer Russlandpolitik als auch die russlandkritische Haltung amerikanischer Politiker überaus deutlich geworden. Insbesondere Republikaner profilierten sich mit dem Versprechen, dass sie als Präsident gegenüber Iran und – nicht zuletzt damit verbunden – Russland eine schärfere Haltung einnehmen würden. Herausragendes und im Kreml vermerktes (und instrumentalisiertes) Beispiel waren die Bemerkungen des letztlich nominierten Präsidentschaftskandidaten der Republikaner, des Gouverneurs von Massachusetts, Mitt Romney. Für ihn war und ist Russland „ohne Frage unser geopolitischer Gegner Nummer Eins“. Der Kreml setze sich für jede nur erdenkliche Sache der schlimmsten Akteure dieser Welt ein. Er unterstütze Syrien und Iran und habe sich immer wieder geweigert, tief greifenden Sanktionen gegen Teheran zuzustimmen. Insgesamt sei Russland ein den USA

unfreundlich gesonnenes Land, und dass dieser Präsident [Obama] in seinen Beziehungen zu Russland nach größerer Flexibilität sucht [...] ist sehr sehr beunruhigend, sehr alarmierend.¹⁸

Wenn die Suche nach Flexibilität diskreditiert wird und als Alarmsignal gilt, gibt das Anlass zu einem beunruhigenden Zwischenergebnis: In den USA sind die russisch-amerikanischen Beziehungen zu einem Spielball der Innenpolitik geworden. Der Verdacht erscheint nicht unbegründet, dass, wie Thomas Graham urteilt, Amerikaner

Russland immer vehementer und giftiger in dem Maße angreifen, wie ihre Frustration mit der politischen Dysfunktionalität in Washington und der Inkompetenz der U.S.-Außenpolitik wächst. Mit anderen Worten, die Intensi-

¹⁶ Steven Pifer: Putin's Problem of Irrelevance, <www.brookings.edu/research/opinions/2013/08/05-putin-problem-irrelevance-pifer>.

¹⁷ John Kornblum, ehemaliger US-Botschafter in Deutschland, in einer E-Mail-Korrespondenz mit Dmitri Trenin, Leiter des Moskauer Carnegie Zentrums, über die Gründe für Präsident Obamas Absage der Gipfelkonferenz, in: Die Welt, 13.8.2013, S. 2.

¹⁸ Russia is America's „Number One Geopolitical Foe“, <www.telegraph.co.uk/news/worldnews/us-election/9168533/Mitt-Romney-Russia-is-Americas-number-one-geopolitical-foe.html>, 27.3.2012. – Mitt Romney Calls Russia „Geopolitical Adversary“, <<http://articles.latimes.com/2012/sep/10/news/la-pn-mitt-romney-russia-syria-20120910>>.

tät der Kritik hat weniger mit Russlands Verhalten als mit Amerikas [unge-
nügenden] Fortschritten zu tun, seine eigenen Mängel zu beheben.¹⁹

Ebenso beunruhigend ist der Verdacht, dass dem Kreml das „Russia bashing“ derzeit nicht ungelegen kommt und sich amerikanische Hardliner und russische Siloviki, die Vertreter der Gewaltministerien und Ämter, Militärs und Geheimdienstler, gegenseitig die Bälle in einem Spiel zuspiesen, in dem richtig verstandene nationale Interessen auf der Strecke bleiben. Zumindest ist offensichtlich, dass sich die russische Machtelite keine Blöße geben will und im Schlagabtausch der Argumente und Strafmaßnahmen wacker mithält. So hat Putins willfähiges Instrument, die Duma, das Magnickij-Gesetz mit dem sogenannten Dima-Jakovlev-Gesetz beantwortet, das amerikanischen Staatsbürgern die Adoption russischer Kinder verbietet – ein Schritt, dem das Außenministerium noch eine andere Dimension mit den ihm „vorliegenden Informationen“ verliehen hat, Organe von zwei in den USA tödlich verunglückten russischen Adoptivkindern seien möglicherweise für Transplantationen entnommen worden.²⁰ Im Gegenzug zu den amerikanischen Forderungen, Snowden auszuliefern, erinnerten das Innenministerium und die Staatsanwaltschaft in Russland Washington daran, dass sich die USA stets geweigert hätte, Anträgen auf Auslieferung russischer Staatsbürger statt zu geben. Und als Reaktion auf die Praxis der USA, russische Staatsbürger, die angeblich gegen amerikanisches oder internationales Recht verstoßen haben, im Ausland festnehmen zu lassen und dann der U.S.-Justiz zu überstellen, warnt Russlands Außenministerium nun die eigenen Staatsbürger offiziell davor, in die USA zu reisen.²¹

Sicher also ist der Absturz zum Teil innenpolitisch motiviert, gibt es auf beiden Seiten „Wahrnehmungen“, die eigentlich keine sind, sondern künstliche, konstruierte Gebilde, die der innenpolitischen Profilierung und Legitimierung sowie der Beeinflussung externer Akteure dienen. Ebenso richtig ist aber, dass dies nicht genügt, um den Abwärtszyklus der amerikanisch-russischen Beziehungen vollständig zu erklären. Denn das Narrativ der wechselseitigen Beziehungen kann durchaus, zumindest zu einem Teil, der tatsächlichen Wahrnehmung entsprechen. Es ist allerdings schwer, die konstruierten Vorstellungen von genuinen Perzeptionen zu trennen. Dies nicht zuletzt deswegen, weil der propagandistische Diskurs Gefahr läuft, zu festen Überzeugungen zu werden.

Es ist infolgedessen angebracht, den Blick von der innenpolitischen Instrumentalisierung und dem tagespolitischen rhetorischen Schlagabtausch auf die wichtigsten Argumente – die Kernelemente des Narrativs – zu werfen. Dies soll unter der in Russ-

¹⁹ Thomas Graham: The Drive to Blame Russia, <www.nytimes.com/2013/08/22/opinion/global/the-drive-to-blame-russia.html>. Graham war 2004–2007 Leiter der Russland-Abteilung im Nationalen Sicherheitsrat der USA.

²⁰ Tödlich verunglückte russische Adoptivkinder als Organspender in den USA?, <http://de.rian.ru/trend/Adoption_russischer_kinder_2012/>.

²¹ Unter Berufung auf Fälle in Litauen, Spanien Costa Rica und der Dominikanischen Republik: Predupreždenie dlja rossijskich graždan vyezžajuščich za granicu, <www.mid.ru/brp_4.nsf/newslines/AEE7072D0D06CE4144257BDA00444438>. Als Paradebeispiel gilt die Festnahme, Anklage und Verurteilung des russischen Waffenhändlers Viktor But. „Händler des Todes“ muss 25 Jahre ins Gefängnis, in: Süddeutsche Zeitung, 6.4.2012.

land und den USA sowohl von Politikern als auch von Wissenschaftlern gestellten Frage geschehen, wer für die hochgesteckten Erwartungen und Enttäuschung mit zunehmender Entfremdung verantwortlich ist: *Kto vinovat?* und *Who is to blame?*

Kto vinovat?

Analysiert man russische Primärquellen, wie etwa Reden und Interviews der wichtigsten Politiker, offizielle Dokumente wie die außen- und sicherheitspolitischen Doktrinen der Russländischen Föderation, aber auch Sekundärliteratur, so lässt sich das Narrativ des Kremls, wer für die Entfremdung zwischen den USA und Russland verantwortlich ist, leicht erkennen. Im Kern besteht es aus folgenden Bestandteilen:

Geopolitik, Dominanzstreben und Unilateralismus

Die Vereinigten Staaten betrieben „harte“ Geopolitik. Sie bemühten sich zwar, diese moralisch zu verbrämen, aber nicht alle ließen sich davon blenden, sondern erkannten, dass Washingtons Außenpolitik von Doppelstandards gekennzeichnet sei. Die USA feierten sich als Sieger des Kalten Krieges und betrachteten die internationale Politik nach der Auflösung des Warschauer Pakts und der Sowjetunion als eine unipolare und sich selbst als globale Ordnungsmacht. Finden sie für Einsätze als Ordnungsmacht keine Unterstützung durch eine „Koalition der Willigen“, gingen sie auch unilateral vor. Das unipolare Modell der USA sei aber „nicht nur inakzeptabel und nicht zu realisieren“, es gebe dafür auch „keine moralische Grundlage“.²²

Militärische Macht und die Anwendung von Gewalt

Zentrales Instrument der amerikanischen Außenpolitik sei die militärische Macht. Die Vereinigten Staaten geben enorme Summen für die stetige Modernisierung ihrer Streitkräfte aus. Die neuesten Entwicklungen der Hochtechnologie und der Informatik werden in den Streitkräften eingeführt. Diese seien in ständiger Bereitschaft, um an jedem Ort der Welt militärisch zu intervenieren. In der Ära George W. Bushs sei Washington zu „fast unbeschränktem, extremem Gebrauch von Gewalt – militärischer Gewalt – in den internationalen Beziehungen“ übergegangen, einer Gewalt, „welche die Welt in einen Abgrund permanenter Konflikte stürzt“.²³ Wie die militärischen Interventionen der USA und williger Nato-Staaten in Jugoslawien, Irak und Libyen sowie nicht zuletzt der Syrien-Konflikt zeigten, „ist militärische Intervention in innere Konflikte in ausländischen Ländern für die Vereinigten Staaten zu einer alltäglichen Sache geworden“.²⁴

²² Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, <http://archive.kremlin.ru/eng/speeches/2007/02/10/0138_type82912type82914type82917type84779_118123.shtml>.

Die Rede kann sowohl als Bemühen gewertet werden, die westliche Öffentlichkeit zu beeinflussen, als auch als Teil tatsächlicher Wahrnehmung.

²³ Ebd.

²⁴ Vladimir Putin: A Plea for Caution from Russia, in: New York Times: 12.9.2013, <www.nytimes.com/2013/09/12/opinion/putin-plea-for-caution-from-russia-on-syria.html>.

Völkerrecht und Vereinte Nationen

Das Völkerrecht stehe amerikanischem Dominanzstreben entgegen. Das führe dazu, dass die USA eine „immer größere Verachtung“ für völkerrechtliche Prinzipien an den Tag legten.²⁵ Als Garant des Friedens und der internationaler Sicherheit spielten der UN-Sicherheitsrat und Russland als eines seiner ständigen Mitglieder eine wichtige Rolle. Allerdings unternahmen die USA gemäß ihrer unilateralen Politik Anstrengungen, den Sicherheitsrat auszuschalten und Gewalt auch unter seiner Umgehung sowie unter Verletzung internationaler Normen anzuwenden. Die amerikanischen Politiker riskierten dabei, dass die Vereinten Nationen das Schicksal des Völkerbunds teilen.²⁶

Russland als geopolitischer Gegner

Auch wenn es nicht alle amerikanischen Politiker so deutlich aussprachen wie Mitt Romney, sei Russland im außenpolitischen Kalkül der USA doch „ohne Frage geopolitischer Gegner Nummer Eins“. Russlands Macht solle so gering wie möglich gehalten und das Land so weit wie möglich geschwächt werden. Nach der mit Hilfe westlicher Geheimdienste betriebenen Zerschlagung der Sowjetunion wollten zumindest die Hardliner amerikanischer Geopolitik nun auch Russland territorial zerlegen, hier und da ein „saftiges Stück aus unserem Fleisch“ herausreißen. Dazu werde auch „der Terrorismus als eines der Instrumente“ genutzt, um dieses Ziel zu verwirklichen.²⁷

Herausdrängen Russlands aus traditionellen Einflussphären

Zu Amerikas Ziel, Russland zu schwächen, gehöre auch das Bemühen, es aus den Gebieten in Europa und Asien heraus zu drängen, in denen es traditionell einflussreich oder mit denen es in der Sowjetunion in einem Staatsverband zusammengeschlossen war. Das treffe sogar für die Länder zu, in denen es eine starke russische Minderheit gibt (Ukraine, Kasachstan, Estland, Lettland), „die mit Russland über Jahrhunderte eine Einheit gebildet haben“ und mit denen das Verhältnis aufgrund „gemeinsamer historischer Erfahrungen und kultureller Werte, übereinstimmender Interessen und vielfältiger verwandtschaftlicher Beziehungen“ einen besonderen Charakter habe.²⁸

Nato-Osterweiterung

Eines der wichtigsten Mittel, derer sich die USA bedienten, um Russlands Einfluss in Europa, auf dem Balkan, im Baltikum, in Ostmitteleuropa und im Kaukasus zu schwächen oder zu beseitigen, sei die Expansion der Nato bis an Russlands Grenzen. Diese sei entgegen „festen Zusicherungen“ und „Garantien“ amerikanischer und westeuropäischer Politiker und der Nato nach dem Ende des Kalten Krieges vorge-

²⁵ Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 [Fn. 22].

²⁶ A Plea for Caution, [Fn. 24].

²⁷ Obraščenie Prezidenta Rossii Vladimira Putina, Moskva 4.9.2004 (nach der Geiselnahme in Beslan) <www.kremlin.ru/appears/2004/09/04/1752_type63374type82634_76320.shtml>.

²⁸ Sergej Ivanov in einem Interview mit der italienischen Zeitung La Stampa, in: Interfax (Moskau), 9.2.2006. Damals war Ivanov Verteidigungsminister.

nommen worden. Sie habe „nichts mit der Gewährleistung von Sicherheit in Europa zu tun. Im Gegenteil, sie stellt eine ernste Provokation dar, welche den Grad gegenseitigen Vertrauens mindert.“ Zudem sei offensichtlich, „gegen wen sich diese Expansion richtet“.²⁹

Raketenabwehr in Europa

Der von den USA geplante Aufbau von Komponenten der nationalen strategischen Raketenabwehr in Verbindung mit einem Nato-System in Ostmitteleuropa werde sich „nicht wesentlich auf unsere strategischen Komponenten auswirken“, denn diese würden „nicht in der Lage sein, unsere ballistischen Interkontinentalraketen abzufangen“.³⁰ Die amerikanischen Systemkomponenten fügten sich aber nahtlos in die Pläne des Pentagons, militärische Infrastruktur so weit wie möglich an Russlands Grenze heranzuführen.

Demokratieförderung

Ein weiteres Instrument, um Russland zu schwächen und seinen Einfluss im postsowjetischen Raum zurückzudrängen, sei die sogenannte Demokratieförderung. Die betroffenen Länder sollten sich „westlichen Werten“ verpflichten und sich de facto damit gleichzeitig von Russland abwenden. Dass dieses Mittel geopolitischen und geostrategischen Zielen diene, hätten hochrangige amerikanische Politiker unverblümt und unmissverständlich eingeräumt.³¹ Zur Verwirklichung ihrer Ziele bedienten sie sich sogenannter Nichtregierungsorganisationen, die eng mit den westlichen Geheimdiensten zusammenarbeiteten und „von den Regierungen finanziert werden, um ihre Russlandpolitik auszuführen.“³²

Die bei der Demokratieförderung weltweit angelegten Doppelstandards seien offensichtlich. Autoritäre Staaten wandeln sich plötzlich zu „strategischen Partnern“, wenn sie in der Sicht Washingtons amerikanischen Interessen nützen.³³ Dabei sei es für die USA unwichtig, „dass Millionen [von Menschen] Amerika nicht als ein Modell für Demokratie betrachten, sondern als ein Land, das sich einzig auf rohe Gewalt verlässt“.³⁴

Der Westen ist schuld

²⁹ Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 [Fn. 22].

³⁰ So der Chef der Raketentruppen, General Solovcev, in: Interfax (Moskau), 16.3.2007.

³¹ So verkündete der amerikanische Vizepräsident Richard Cheney auf der Gipfelkonferenz der Community of Democratic Choice im Mai 2006 in Vilnius: „Es ist klar, dass in der heutigen Welt unsere Werte und unsere strategischen Interessen ein und dasselbe sind.“ Text der Rede: <<http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2006/05/20060504-1.html>>.

³² Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 [Fn. 22]. Das äußerte er in der Diskussion.

³³ Das bezieht sich auf Cheneys – vom Kreml genüsslich kommentierte – Weiterreise von Vilnius nach Astana, wo er Kasachstan als „strategischen Partner“ bezeichnete und erklärte, er bewundere „all das, was hier in Kasachstan erreicht worden ist“. Peter Baker: Cheney Switches from Scowls to Smiles, in: The Washington Post, 6.5.2006. <www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/05/05/AR2006050501490.html>.

³⁴ A Plea for Caution, [Fn. 24].

Insgesamt trägt der Westen die Verantwortung für die enttäuschte Erwartung sowie die zunehmende Entfremdung. Immer wieder habe Russland dem Westen die Hand zu Kooperation gereicht, aber der Westen habe sie zurückgewiesen. Dies zeige die historische Entwicklung:

Nach der Auflösung der Sowjetunion [...] zu Beginn der 1990er Jahre war Russlands Strategie offensichtlich: Diese gründete sich auf die Möglichkeit der Integration mit dem Westen. Die Möglichkeit wurde aber nicht Wirklichkeit, weil der Westen uns nicht wollte. Es stellte sich heraus, dass wir zu groß für den Westen waren – und zu russisch. Außerdem kam es zu drei Ereignissen, welche jegliche prowestliche politische Gefühle in unserem Land vollkommen erstickten: die NATO-Expansion, der Krieg gegen Jugoslawien und der Krieg gegen den Irak.³⁵

Wie ersichtlich, fügen sich die einzelnen Bausteine des Gedankengebäudes zu einem in sich geschlossenen, scheinbar logischen Ganzen zusammen. Es hat auch eine gewisse Überzeugungskraft, weil einige seiner Teile der Wirklichkeit entsprechen. Insgesamt vermischen sich jedoch Wahrheiten mit Teilwahrheiten, Unwahrheiten und verzerrten Wahrnehmungen. Die schwerwiegenden Fehler im russisch-amerikanischen Betriebssystem lassen sich jedoch ganz anders interpretieren.

Who is to blame?

Im Vergleich zum Narrativ des Kremls gibt es auf amerikanischer Seite zwei wesentliche Unterschiede. Während, erstens, die Sichtweise der russischen Machtelite schon kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstand und an sowjetische Stereotypen wie den „U.S.-Imperialismus“, die „aggressive Nato“ und „Wühltätigkeit ausländischer Agenten“ anknüpfte, entwickelte sich die amerikanische Perception in einem langfristigen Abwärtstrend, der sich von Gorbačev über El'cin, die Amtszeiten Putin-1 und 2, das Tandem Putin-Medvedev zu Putin-3 erstreckt. Zweitens prägen unterschiedliche Kreise die Wahrnehmung. Während in Russland der Kreml im Wesentlichen die Kernaussagen des Narrativs festlegt und diese mit seinen „administrativen Ressourcen“ im Inneren und nach außen verbreitet, werden die Anschauungen über Russland in den USA in größerem Maße von Fachleuten an den großen Universitäten und unabhängigen Forschungsinstitutionen geprägt. Ihre Beurteilungen der Entwicklungen in Russland schlagen sich im Regierungssystem in Exekutive und Legislative und infolgedessen in der praktischen Politik unmittelbarer nieder. Das ist, was die Exekutive anbetrifft, unter anderen Dingen eine Folge des „Drehtür“-Syndroms: Führende Wissenschaftler werden in leitende Positionen in der Russland- und Europapolitik der Regierung berufen und kehren dann wieder in ihre Universitäten, Institute oder Think Tanks zurück. An Beispielen dafür herrscht kein Mangel.³⁶

³⁵ So Vjačeslav Nikonov: Čto nam Zapad pozle Mjunčena?, in: Izvestija, 27.2.2007, <<http://izvestia.ru/news/322093>>.

³⁶ Zu denken ist an Henry Kissinger, Jeffrey Sachs, Graham Allison, Robert Blackwill und Philip Zelikow (Harvard), Zbigniew Brzezinski und Marshall Shulman (Columbia), Made-

Auch in die Legislative fließt Russland-Expertise der Fachleute ein, wo diese allerdings oft vereinfacht zu einem Spielball der Innenpolitik wird.

Das Narrativ Washingtons, so wie es sich in Reden und Interviews der wichtigsten Politiker, offiziellen Dokumenten der Regierung und des Kongresses sowie des Council of Foreign Relations und führender Think Tanks niederschlägt, besteht aus folgenden Elementen:

Abkehr von Demokratie, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft

Nach den Prämissen der „transition theory“, die zur Analyse postsozialistischer Systeme entwickelt worden war, hätte die Transformation der Sowjetunion bedeutet, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freie Marktwirtschaft sowie eine autonome Zivilgesellschaft entstehen – wie es in den Ländern Ostmitteleuropas der Fall war. Für Russland traf dies jedoch nicht zu. Wie Lilja Ševcova, russische Expertin der Carnegie-Stiftung treffend formulierte, kam alles ganz anders: *Russia got lost in transition!*³⁷ Schon unter El'cin, vor allem aber unter Putin habe Russland eine „falsche Richtung“ eingeschlagen.³⁸ Statt eines demokratischen Systems bildete sich ein autoritäres System sui generis heraus, das „System Putin“. Das sei nicht ohne Auswirkungen auf die Außenpolitik geblieben.

Abkehr von der euroatlantischen Orientierung

Nach der Auflösung der Sowjetunion ging Russland unter der Ägide des Außenministers Andrej Kozyrev zunächst auf Westkurs. Leitgedanke war die Errichtung einer „euroatlantischen Gemeinschaft von Vancouver bis Vladivostok“. Russland war bereit, in oder mit den bestehenden internationalen politischen und wirtschaftlichen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Europäischen Gemeinschaft, dem Internationalen Währungsfonds, GATT und der G7 zusammenzuarbeiten. Russlands Mitgliedschaft in der Nato wurde zu einem langfristigen Ziel erklärt. Die innenpolitische Entwicklung machte jedoch das Ziel der euroatlantischen Integration zunichte. Der auf Partnerschaft mit dem Westen ausgerichtete, kooperative und integrationsfreundliche Kurs Kosyrevs sei aber schon ab 1992 innenpolitisch immer schärfer kritisiert und dann revidiert worden.³⁹ Im Moskauer außen- und sicherheitspolitischen Establishment habe sich ein „patriotischer Konsens“ herausgebildet. Die Behauptung wurde aufgestellt, dass der proatlantische Kurs idealistisch und naiv sei. Er stufe

leine Albright (Georgetown), Dennis Ross (Berkeley) und Condoleezza Rice (Stanford). Das jüngste Beispiel ist der Russland-Spezialist Michael McFaul (Stanford), der nun die USA als Botschafter in Moskau vertritt.

³⁷ Lilia Shevtsova: *Russia – Lost in Transition: The Yeltsin and Putin Legacies*. Washington, DC 2007.

³⁸ *Russia's Wrong Direction: What the United States Can and Should Do*, Washington, D.C. 2006 [=Council on Foreign Relations], <www.cfr.org/iran/russias-wrong-direction/p9997>.

³⁹ J. Michael Waller: *Who is Making Foreign Policy in Russia?*, in: *Perspective*, Vol. 5, No. 3, Januar/Februar 1995 [Institute for the Study of Conflict, Ideology, and Policy], <<http://www.bu.edu/iscip/vol5/Waller.html>>.

Russland zu einem Lakaien der USA herab. Russland sei eine Großmacht, die zwar eine Schwächeperiode durchlebe, sich aber wieder erholen werde.

Verschiebung einer Lösung des Territorialproblems mit Japan

Russlands Abkehr vom Euroatlantismus und die Rückkehr zur vermeintlichen Großmachtspolitik unter anti-amerikanischen Vorzeichen ließe sich auf den Tag genau datieren: Am 9. September 1992 wurde der minutiös vorbereitete Tokio-Besuch des Präsidenten Boris El'cin, bei dem der jahrzehntelange Territorialstreit um die Kurilen beigelegt und Japan für umfangreiches wirtschaftliches Engagement in Sibirien und in Russlands Pazifikregion gewonnen werden sollte, abrupt abgesagt. Die im russischen Sicherheitsrat stark vertretenen Siloviki hätten sich gegen die Linie Außenminister Kozyrevs durchgesetzt.⁴⁰ Auch ein danach für Mai 1993 geplanter Besuch in Tokio wurde gestrichen.

„Patriotischer Konsens“, Nationalismus und Großmachtstreben

Die Abkehr vom euroatlantischen Kurs habe nichts oder wenig mit westlicher Politik zu tun. Sie sei innenpolitisch determiniert. „Für Russlands Schwierigkeiten könnte man überall Schuldige finden, aber im Wesentlichen hat Russland selbst schuld.“⁴¹

Ein erster wichtiger Faktor, der „die Außenpolitik Russlands auf traditionelle Konzepte der Realistischen Schule der internationalen Politik, Betonung nationaler Interessen und Ausweitung von Macht und Einfluss verschob, war die Wirtschaftskrise Anfang der 1990er Jahre“.⁴²

Ein zweiter Faktor seien die Parlamentswahlen vom Dezember 1993 gewesen. Die Liberaldemokratische Partei Russlands des großrussischen Nationalisten und Chauvinisten Vladimir Žirinovskij, der im August 1991 gedroht hatte, er würde radioaktiven Abfall an der Grenze von Litauen vergraben und mit großen Ventilatoren ins Land blasen, um die Balten zur Räson zu bringen, und der im Wahlkampf 1993 der Wiedereinverleibung der Baltischen Staaten, einer neuen Teilung Polens und der Angliederung Finnlands an Russland das Wort geredet hatte, erhielt bei einer Wahlbeteiligung von fast 70 Prozent die größte Anzahl von Stimmen, nämlich 23 Prozent.⁴³ Rechnete man zu diesen „braunen“ Stimmen die „roten“ der zu diesem Zeitpunkt ebenso nationalistischen Kommunisten (11,65 Prozent) und der Agrarier (9,59 Prozent) hinzu, addierte sich die Stärke des „rot-braunen“ nationalistischen und neoimperialen Lagers auf 44,24 Prozent. Es sei offensichtlich, dass diese an Weimar erinnern-

⁴⁰ Serge Schmemmann: Yeltsin Cancels Visit to Japan as Dispute Over Islands Simmers, in: New York Times, 10.9.1992.

⁴¹ Kim R. Holmes: Who Lost Russia? [=The Heritage Foundation], <<http://www.heritage.org/research/lecture/who-lost-russia>>.

⁴² Andrew C. Kuchins und Igor A. Zevelev, Russian Foreign Policy: Continuity in Change, in: The Washington Quarterly, Winter 2012 [=Center for Strategic and International Studies], S. 147-161, hier: S. 153, <<http://csis.org/files/publication/twq12winterkuchinszevelev.pdf>>.

⁴³ Wörtlich hatte Žirinovskij gesagt: „Ich werde radioaktiven Abfall entlang der litauischen Grenze vergraben und mächtige Ventilatoren aufstellen, die diesen Stoff die ganze Nacht rüber blasen. Sie werden alle die Strahlenkrankheit kriegen. Sie werden davon sterben. [Erst] wenn sie tot oder auf ihre Knien gegangen sind, werde ich aufhören.“ Howard Jones: The Crucible of Power: A History of U.S. Foreign Relations. Lanham, MD 2001, S. 511.

de Entwicklung ein wesentlicher Grund insbesondere für Polen und die drei baltischen Staaten war, der Nato beizutreten.⁴⁴

Rückkehr zur Stilisierung der Nato als „aggressiver Block“

In seiner Antrittsrede vor den Vereinten Nationen im Februar 1992 hatte Präsident El'cin scheinbar fest und für alle Zeiten gesagt:

Russland betrachtet die Vereinigten Staaten und die übrigen [Länder] des Westens nicht nur als Partner, sondern als Verbündete.⁴⁵

Eineinhalb Jahre später war davon und von einer eventuellen Mitgliedschaft Russlands in der Nato nicht mehr die Rede.⁴⁶ Im November 1993 wurde eine vom Auslandsgeheimdienst SVR unter Führung des späteren Außen- und Premierministers Evgenij Primakov verfasste Studie veröffentlicht, in der die Nato als die „größte militärische Gruppierung der Welt“ bezeichnet wurde, die über „ein enormes offensives Potential“ verfüge, aber immer „noch den Stereotypen des Blockdenkens“ verhaftet sei. Die NATO müsse sich de facto auflösen, in ein „System kollektiver Sicherheit“ überführt werden.⁴⁷ Die Autoren der Studie sprachen sich vehement gegen jegliche Nato-Osterweiterung aus. Entsprechend scharf reagierte Moskau auf den kurz nach den Dumawahlen im Dezember 1993 von Litauen offiziell gestellten Beitrittsantrag: Eine Ausdehnung der Nato in Gebiete „in direkter Nähe zur russischen Grenze“ würde zu einer „militärpolitischen Destabilisierung der Region“ führen.⁴⁸ Das Gegenteil sei allerdings der Fall. Die Nato bleibe ein unabdingbarer Faktor von Sicherheit und Stabilität in Europa.⁴⁹

Zudem entspreche das moralisch unterfütterte Argument Moskaus, die USA und die Nato hätten zugesichert, dass sich die westliche Militärallianz nicht nach Osten erwei-

⁴⁴ Russia, Its Neighbors and an Enlarging NATO. Report of an Independent Task Force [=Council on Foreign Relations], <<http://www.cfr.org/russian-federation/russia-its-neighbors-enlarging-nato/p123>>. – Zu der nach den Wahlen vom Dezember 1993 geäußerten Befürchtung, Russland könne das Schicksal der Weimarer Republik teilen, siehe Stephen Sestanovich: Russia Turns the Corner: Taking Weimar Seriously, in: Foreign Affairs, Vol. 73, No. 1, S. 83-98, Januar/Februar 1994 [=Council of Foreign Relations], <<http://www.foreignaffairs.com/articles/49440/stephen-sestanovich/russia-turns-the-corner>>.

⁴⁵ Russia's Road to Corruption. How the Clinton Administration Exported Government Instead of Free Enterprise and Failed the Russian People. Washington, DC, 2000 <www.fas.org/news/russia/2000/russia/index.html>.

⁴⁶ Die nachfolgende Bezugnahme auf die SVR-Studie bei: Ronald Asmus: Opening NATO's Door: How the Alliance Remade Itself for a New Era, New York, Columbia University Press, 2002 [=Council of Foreign Relations].

⁴⁷ Perspektivy rasširenija NATO i interesy Rossii. Doklad služby vnešnej razvedki. Izvestija, 26.11.1993.

⁴⁸ ITAR-TASS, 5.1.1994.

⁴⁹ William J. Perry, Ashton B. Carter, Hilary D. Driscoll: Defining NATO's Purpose. Cambridge, Mass 1999, <http://belfercenter.ksg.harvard.edu/publication/2216/defining_natos_purpose.html>. – NATO in the 21st Century, <www.brookings.edu/~media/research/files/reports/1999/4/nato%20daalder/reportch1>.

tern würde, nicht der Wirklichkeit. Die von der Geheimhaltung befreiten Dokumente „zeigen ohne jeden Zweifel, dass derartige Zusicherungen nie gemacht wurden.“⁵⁰ Davon abgesehen erwecke der Begriff der „Nato-Expansion“ einen falschen Eindruck, als ob Brüssel die treibende Kraft gewesen sei. In nahezu allen Ländern von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, die entweder der Nato beigetreten sind oder beitreten wollten, wurde der Beitrittswunsch von der großen Mehrheit der Bevölkerung getragen.⁵¹

Russland, die Nato und der Balkan

Die Reaktion auf den Balkan-Konflikt sei ein Beweis für Russlands mangelnde Bereitschaft, sich mit dem Verlust „traditioneller“ Einflussphären abzufinden und sich an neue Gegebenheiten in Europa anzupassen.⁵² Zudem offenbare der Konflikt El'cins große historische Schuld. Er habe sich den neoimperialen und nationalistischen Strömungen nicht entgegengesetzt, sondern sich an ihre Spitze gestellt. Wie die Anhänger einer „eurasischen“, „panslawistischen“ und religiös-orthodoxen Richtung und ihrer ungezügelter pro-serbischen Rhetorik, habe auch El'cin immer wieder den Eindruck erweckt, als stünde er voll und ganz hinter Slobodan Milošević und den Serben. So habe er sich nach dem durch bosnisch-serbische Artilleriegeschosse verursachten Massaker auf dem Marktplatz von Sarajevo im August 1995 und den daraufhin von der Nato durchgeführten Luftangriffen gegen serbische Stellungen zu dem Vorwurf hinreißen lassen, die Nato betreibe „Genozid an den Serben“ und „beschwöre die Flamme eines neuen Weltkriegs über Europa“ herauf.⁵³ Im April 1999 behauptete er, die Nato wolle Bodentruppen einsetzen, „Jugoslawien einfach ergreifen und es zu ihrem Protektorat machen“. Zugleich wiederholte er seine Warnungen vor einer Eskalation des Konflikts. Er habe der „Nato, den Amerikanern und den Deutschen gesagt: Drängt uns nicht zum militärischen Eingreifen. Andernfalls kommt es zu einem Krieg in Europa und möglicherweise zu einem Weltkrieg“.⁵⁴ Dass der Kreml für die orthodoxen Serben Partei ergreife, die ehemaligen Verbündeten des zaristischen Russlands gegen die österreich-ungarische Doppelmonarchie gewesen waren, offenbare das

⁵⁰ Mark Kramer: The Myth of a No-NATO-Enlargement Pledge to Russia, in: Washington Quarterly, 2/2009, S. 39–61. – Mary Elise Sarotte: Enlarging NATO, Expanding Confusion, <www.nytimes.com/2009/11/30/opinion/30sarotte.html?ref=global>, 30.11.2009.

⁵¹ F. Stephen Larrabee: The Baltic States and NATO Membership. Testimony presented to the United States Senate Committee on Foreign Relations [=RAND Corporation], <<http://www.rand.org/pubs/testimonies/CT204.html>>.

⁵² The Russians Are Back: Yeltsin's Agenda at the U.S.-Russia Summit. Background No. 1001 on Russia, 23.9.1994 [=The Heritage Foundation], <<http://www.heritage.org/research/reports/1994/09/the-russians-are-back-yeltsins-agenda-at-the-usrussia-summit>>.

⁵³ Russlands Präsident redet sich in Rage, in: Berliner Zeitung, 9.9.1995. Ähnlich erklärte die russische Regierung in einer offiziellen Stellungnahme, die Bomben- und Raketenangriffe der Nato würden „das Überleben der jetzigen Generation bosnischer Serben in Frage stellen“, praktisch „droht ihr der Genozid“: Russian Government Accuses NATO of Genocide against Bosnian Serbs, <<http://www.apnewsarchive.com/1995/Russian-Government-Accuses-NATO-Of-Genocide-Against-Bosnian-Serbs/id-c294e95d5495a86af80c290aca501924>>.

⁵⁴ Yeltsin warns of possible world war over Kosovo, CNN, 10.4.1999, <<http://edition.cnn.com/WORLD/europe/9904/10/kosovo.russia.diplomacy.01/>>.

Denken in Kategorien des 19. Jahrhunderts, einschließlich des Denkens in Einflusssphären.⁵⁵

Der postsowjetische Raum als russische Einflusssphäre

Natürlich solle Russland Einfluss in seinem Nachbarschaftsraum haben. Das Problem sei allerdings, dass der Kreml diesen Raum als exklusive Einflusssphäre ansehe und jedes außenpolitische Engagement westlicher Akteure in diesem Raum als Nullsummenspiel begreife. Das Bestreben der Ukraine, Georgiens oder anderer Nachbarn, sich der Europäischen Union oder insgesamt dem Westen anzunähern, betrachte Moskau als eine Bedrohung russischer Interessen.⁵⁶

Schon unter El'cin habe Russland Anspruch auf privilegierten Einfluss im sogenannten „Nahen Ausland“ erhoben, wie der postsowjetische Raum als Sphäre seiner „grundlegenden vitalen Interessen“ noch bis Ende der 1990er Jahre offiziell in Moskau hieß. Russland habe sich als „führende Kraft bei der Entstehung eines neuen Systems zwischenstaatlicher und ökonomischer Beziehungen auf postsowjetischem Territorium“ gesehen,⁵⁷ „Sonderrechte als Garant des Friedens und der Stabilität“ gefordert und für sich das Recht in Anspruch genommen, „Schutzmacht russischer Minderheiten“ zu sein.⁵⁸ Von dieser Betrachtungsweise ziehe sich eine direkte Linie über Putins Klage, der Zusammenbruch der Sowjetunion sei „eine nationale Tragödie riesigen Ausmaßes“⁵⁹ und „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ gewesen,⁶⁰ und Medvedevs Anspruch auf „privilegierte Interessen“ im GUS-Raum bis zu Putins Projekt, bis 2015 eine Eurasischen Union zu gründen.

Energieressourcen als politisches Druckmittel

Russlands Macht und Einfluss in Europa und im postsowjetischen Raum hänge zu einem großen Teil von seinen großen Energieressourcen, vor allem Erdöl und Erdgas, ab.⁶¹ Noch ehe Putin an die Macht kam, hatte er auf die strategische Bedeutung von

⁵⁵ The Russians Are Back [Fn. 52].

⁵⁶ Ariel Cohen: Russia's Eurasian Union Could Endanger the Neighborhood and U.S. Interests. Backgrounder No. 2804 on Russia and Eurasia, 14.3.2013 [=The Heritage Foundation], <<http://www.heritage.org/research/reports/2013/06/russias-urasian-union-could-endanger-the-neighborhood-and-us-interests>>. – Nikolas K. Gvosdev: The New Russian Empire, in: The National Interest, 16.4.2012, <<http://nationalinterest.org/commentary/the-new-ussr-6783>>.

⁵⁷ Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii ob utverždenii strategičeskogo kursa Rossijskoj Federacii v otnošenijach s gosudarstvami-členami Sodružestva nezavisimych gosudarstv, in: Rossijskaja gazeta, 23.9.1995.

⁵⁸ Jelzin in einer Rede vor der Bürgerunion, einem Mitte-Rechts-Wahlbündnis, ITAR-TASS, 1.3.1993.

⁵⁹ Putin in einer Rede am 12.2.2004 vor rund 500 Journalisten im Wahlkampf um die Präsidentschaft Putin žaleet o razpade SSSR, <http://news.bbc.co.uk/hi/russian/russia/newsid_3484000/3484057.stm>.

⁶⁰ Putin im April 2005 in seiner Rede zur Lage der Nation: Poslanie Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federatsii 5 aprelja 2005 goda, <http://archive.kremlin.ru/appears/2005/04/25/1223_type63372type63374type82634_87049.shtml>.

⁶¹ Peter Rutland: Russia as an Energy Superpower, in: New Political Economy, Vol. 13, No. 2,

Rohmaterialien hingewiesen und diese Ressource in seinen Amtszeiten entsprechend verwandt.⁶² Unter seiner Ägide nutze Moskau Öl und Gas als politisches Druckmittel, als „Werkzeug zur Einschüchterung und Erpressung“. Es setze die „Manipulation von Lieferungen und Monopolisierung von Transportwegen“ gezielt dafür ein, die Rechte der Menschen in den Nachbarstaaten Russlands zu beschneiden, die „territoriale Integrität“ der Nachbarn zu untergraben und dortige „demokratische Bewegungen“ in ihrem Einfluss zu begrenzen.⁶³

Russland und das Völkerrecht

Neben seinen Öl- und Gasressourcen gründe sich Russlands Macht und Einfluss in der internationalen Politik und insbesondere seine Stellung gegenüber den USA auf seinen Status als Atommacht mit – so die Bewertung Moskaus – annähernder nuklearstrategischer Parität mit den USA und seiner Rolle als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats. Es liege allerdings an Russland, dass das System, das „1945 geschaffen wurde, um sich mit Bedrohungen“ des Friedens und der internationalen Sicherheit wie in Syrien zu befassen, „nicht funktioniert“. Durch die Art, wie es sein Vetorecht einsetze, habe es die Vereinten Nationen praktisch „als Geisel genommen“ und bestimme, was Völkerrecht ist und was nicht.⁶⁴

Der Syrienkonflikt hat die grundlegende wechselseitige Wahrnehmung der Entscheidungsträger in Washington und Moskau voll bestätigt. Nach amerikanischer Perzeption hat Russland bereits unter der Führung von Boris El'cin und stärker noch unter Putin das Versprechen gebrochen, das Land zu einem Mitglied der euroatlantischen Gemeinschaft und verlässlichen, vertrauenswürdigen Partner des Westens zu machen. Innenpolitisch habe es sich auf einen autoritären, repressiven Kurs begeben und außenpolitisch in nationalistisches, neoimperiales und antiwestliches Fahrwasser. Russlands Machtelite hingegen fühlt sich von den Vereinigten Staaten und der Nato hingetangenen. Egal ob Republikaner oder Demokraten, Konservative oder Liberale die Politik in Washington bestimmten, die Amerikaner hätten immer noch nicht verstanden oder wollten einfach nicht verstehen, dass Russland nicht die Sowjetunion ist. Die USA betrachteten Russland nicht als gleichwertigen und gleichberechtigten Partner. Sie grenzten Russland aus, wollten es klein halten, isolieren und ihm seine legitimen Interessen nicht zugestehen – noch nicht einmal in der eigenen Nachbarschaft. Die Bereitschaft, auch unter Bruch des Völkerrechts militärische Gewalt zu gebrauchen sei zu einem alltäglichen Geschäft der amerikanischen Machtelite geworden. Das zeige auch wieder die Androhung von Militärschlägen gegen Syrien.⁶⁵

Juni 2008, <http://relooney.fatcow.com/00_New_3186.pdf>.

⁶² Leon Aron: The Political Economy of Russian Oil and Gas [=The American Enterprise Institute], <<http://www.aei.org/outlook/foreign-and-defense-policy/regional/europe/the-political-economy-of-russian-oil-and-gas>>.

⁶³ US-Vizepräsident Richard Cheney auf der Gipfelkonferenz der Gemeinschaft demokratischer Wahl in Vilnius am 4.5.2006. Cheney's Speech in Lithuania, in: New York Times, 4.5.2006, <<http://www.nytimes.com/2006/05/04/world/europe/04cnd-cheney-text.html>>.

⁶⁴ So die amerikanische VN-Botschafterin Samantha Power: U.S. Gives up on U.N. Security Council in Syria Crisis, Blames Russia, <www.reuters.com/article/2013/09/05/us-syria-crisis-un-usa-idUSBRE9840W420130905>.

⁶⁵ Putin: A Plea for Caution [Fn. 24].

Was ist zu tun? Wie lässt sich der „schwerwiegende Fehler“ (fatal error) im russisch-amerikanischen Betriebssystem beheben? Wie können die Kontrahenten dazu bewegt werden, ein neues Verhältnis zu entwickeln?

Čto delat? Wie den Zyklus durchbrechen?

Wie die Lösung des Problems aus Sicht des Kremls aussieht, hat Putin klar und deutlich in seinem Artikel in der *New York Times* am 11. September 2013 formuliert.⁶⁶ Die amerikanische Sicht lässt sich aus einer Umfrage ableiten, welche die *Carnegie Corporation* im August 2013 unter 30 führenden Russlandexperten durchführte. Die beiden Fragen lauteten: „Warum ist das amerikanisch-russische Verhältnis heute von Bedeutung?“ und „Was können und sollten beide Länder tun, um ihr Verhältnis zu reparieren?“⁶⁷

Für Putin besteht der Weg zu einer nachhaltigen Neuordnung der Beziehungen darin, dass die Vereinigten Staaten aufhören müssten, „mit der Sprache der Gewalt zu reden“ und „die Vereinten Nationen zu umgehen, um Militäraktionen ohne Mandat des Sicherheitsrats durchzuführen“.⁶⁸ Sie müssten „auf den Weg zivilisierter diplomatischer und politischer Lösungen zurückkehren“ und erkennen, dass „Entscheidungen, die Krieg und Frieden betreffen, nur im Konsens gefällt werden können“, „Recht und Ordnung zu erhalten, eine der wenigen Möglichkeiten [...] ist, zu verhindern, dass die internationalen Beziehungen ins Chaos abgleiten“ und dass, wie die Fälle Irak, Libyen und Afghanistan zeigten, die Anwendung von „Gewalt ineffizient und vergebens ist“. Für Putin liegt der Ball also im amerikanischen Spielfeld.

Aus Sicht der amerikanischen Russlandexperten liegt das Kernproblem im „innenpolitischen Umfeld“ in beiden Ländern (Samuel Charap).⁶⁹ Es gelte, „verfestigte Vorstellungen mächtiger Akteure“ aufzubrechen (Timothy J. Colton),⁷⁰ „Pathologien zu heilen, Fehlwahrnehmungen aufzudecken und Prämissen zu überdenken“ (Charap). Dies gelte für beide Länder. Hinsichtlich der USA sei offensichtlich, dass die Innenpolitik „die Russlandpolitik in wichtigen Fragen behindert, sei es bei der Raketenabwehr, den Menschenrechten oder Irans Atomprogramm“, denn Politiker „wollen bei ihren Wählern Punkte sammeln, indem sie antirussische Stimmungen anheizen“ (Nancy W. Gallagher).⁷¹ Aber auch der Kreml habe ein Interesse daran, konfliktrück-

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Perspectives in International Peace and Security: Rebuilding the US-Russia Relationship. Carnegie Corporation of New York, <<http://carnegie.org/rebuilding-us-russia-relations>>, August 2013.

⁶⁸ Putin: A Plea for Caution [Fn. 24] – Alle nachfolgenden Zitate in diesem Absatz ebd. Auf die Bedeutung des Artikels hat Dmitri Trenin in einem Namensartikel für Bloomberg hingewiesen: The West Doesn't Get Putin, <<http://carnegie.ru/2013/09/13/west-just-doesn-t-get-putin/gn3f>>.

⁶⁹ Samuel Charap, Senior Fellow for Russia and Eurasia am Internationalen Institut für Strategische Studien in London. Nachfolgende Fußnoten ohne Quellenangabe beziehen sich auf das Carnegie-Projekt.

⁷⁰ Timothy J. Colton, Morris und Anna Feldberg Professor of Government and Russian Studies sowie Vorsitzender des Department of Government an der Harvard University.

⁷¹ Nancy W. Gallagher, Associate Director for Research, Center for International and Security Studies, University of Maryland.

tige Stereotypen aufrechtzuerhalten, um seine „neue Ideologie“ zu verankern, die „zunehmend nationalistisch und anti-westlich“ ist und aus Versatzstücken des Weltbildes „patriotischer russischer Intelligencija und der Orthodoxen Kirche“ besteht. Insofern gebe es eine „symbiotische Achse“ von Hardlinern in Washington und Moskau, die Feindbilder aus innenpolitischem Interesse weiter propagieren (Stephen F. Cohen)⁷² oder „innenpolitische Kräfte, die nicht wollen, dass sich das Verhältnis bessert“ (Toby T. Gati).⁷³

Was also ist zu tun? Dazu gibt es viele Vorschläge. Zuallererst müsse der scharfe Ton im Umgang miteinander geändert werden (Paul J. Saunders).⁷⁴ Der von 1987–1991 als Botschafter der USA in der Sowjetunion amtierende Jack F. Matlock empfiehlt, die Präsidenten Obama und Putin sollten sich zusammensetzen, „ihre Sicht der Probleme dieser Welt vergleichen und diskutieren, wie jede Seite meint, wie die Probleme gelöst werden könnten“. Man könnte zu demselben Zweck auch eine „Arbeitsgruppe auf mittlerer Ebene“ einrichten (Rajan Menon).⁷⁵ Die beiden Regierungen sollten sich „gegenseitig versichern, dass sie sich an internationales Recht halten wollen“ (Celeste F. Wallander)⁷⁶ und eine „gemeinsame Vision ihres Verhältnisses entwickeln, die die beiderseitigen nationalen Interessen befördert“ (Saunders). Washington sollte „Russlands spezifische und legitime nationalen Interessen anerkennen“, dessen „eigenständigen Interessen und eigenen Entwicklungsweg respektieren“ (Menon).

Das Problem mit derartigen Vorschlägen ist, dass all die Gespräche und Workshops auf höchster oder mittlerer Ebene, an denen es ja auch in der Vergangenheit keinen Mangel gab, zu nichts geführt haben. Und was die „nationalen Interessen“ Russlands betrifft, so sind diese keineswegs in Stein gemeißelt. Der Kreml formuliert sie je nach Bedarf. Zu diesen gehört der postsowjetische Raum als russische Einflussosphäre. Ist dies ein „legitimes“ nationales Interesse, das man „anerkennen“ soll? Oder ist dieser Anspruch eine inakzeptable Zumutung – vor allem aus Sicht der betroffenen unabhängigen Staaten dieses Raums? An der Frage der Legitimität entzündeten sich ja gerade die Auseinandersetzungen.

Während praktisch niemand der am Diskurs Beteiligten den Versuch unternimmt, „legitime“ russische nationale Interessen zu definieren, geschweige denn russischen Einflussosphären das Wort zu reden, ist der Vorschlag, Russlands „eigenen Entwicklungsweg“ zu respektieren und das „Verhältnis zu Russland von unseren Ansichten über die Natur der politischen Ordnung, die Putin geschaffen hat, zu trennen“ (Menon) eher konsensfähig. Das betrifft auch dessen Begründung:

⁷² Stephen F. Cohen: The New American Cold War, in: The Nation Magazine, 10.7.2006. Generell steht Cohen allerdings mit seiner Sicht außerhalb des amerikanischen Fachleutenkonsenses. Die Fehlentwicklungen in Russland sind für ihn eindeutig die Folge falscher amerikanischer Russlandpolitik.

⁷³ Toby T. Gati, Senior International Advisor at Akin, Gump, Strauss, Hauer & Feld LLP. Ähnlich Graham: The Drive to Blame Russia [Fn. 19].

⁷⁴ Paul J. Saunders, Executive Director des Center for the National Interest in Washington, DC.

⁷⁵ Rajan Menon, Anne and Bernard Spitzer Professor of Political Science at the City College of New York/City University of New York.

⁷⁶ Celeste A. Wallander, Associate Professor at the School of International Service, American University und Fellow des German Marshall Fund of the United States.

Es wäre dumm, darauf zu bestehen, dass erst ein Regimewechsel in Moskau notwendig wäre, ehe eine Beziehung mit Russland hergestellt werden kann, die unsere Interessen fördert. [Schließlich] haben sich die Vereinigten Staaten ausgiebig mit vielen Ländern beschäftigt, deren Politik und Werte sie verabscheuten. [...] Nichts kann gewonnen werden, wenn Russland von dieser pragmatischen Praxis ausgenommen wird und man auf Standards von Menschenrechten und Demokratie besteht, welchen die gegenwärtige russische Führung nie genügen wird.⁷⁷

Insgesamt zieht sich jedoch durch die Antworten auf die Frage, was zu tun sei, um das Verhältnis zwischen Washington und Moskau zu verbessern, ein roter Faden von Skepsis und Pessimismus. In den letzten drei Jahren der Amtszeit Obamas werde sich nichts grundlegend ändern und auch nicht, solange Putin die Politik des Kreml bestimme. Die Politiker sollten also endlich damit aufhören, die russisch-amerikanischen Beziehungen „reparieren“ zu wollen. Es ginge einfach nicht wegen „des gegenwärtigen Klimas, der unterschiedlichen Persönlichkeiten der Präsidenten sowie der Obstruktion amerikanischer Kongressabgeordneter und russischer Bürokraten“ (Nikolas K. Gvosdev),⁷⁸ „der Innenpolitik in Russland und den USA sowie der unterschiedlichen Weltansicht der beiden Regierungen“ (Menon). Die Verbesserung der Beziehungen könne nur ein langfristig angelegtes Projekt sein, im Sinne Max Webers „langes und langsames Bohren dicker Bretter“ (David Holloway).⁷⁹ Man solle nicht zulassen, dass solche Fragen wie Syrien die Beziehungen beherrschen, sondern sich auf „die Bereiche konzentrieren, wo Zusammenarbeit möglich ist und russisch-amerikanische Interessen übereinstimmen“ (Steven Pifer).⁸⁰ Zu dieser Sicht gibt es breite Zustimmung, der Mark Kramer am deutlichsten Ausdruck verleiht:

Solange Putin Präsident Russlands ist, ist es schwer sich vorzustellen, wie sich das bilaterale Verhältnis grundlegend ändern könnte. Beide Seiten haben an der jetzigen trostlosen Situation schuld, aber es ist jetzt zu spät, die Fehler der Vergangenheit rückgängig zu machen und Freundschaft sowie enge Zusammenarbeit zu fördern – jedenfalls so lange, wie Putin da ist. Die Vereinigten Staaten sollten sich lieber bemühen, die Einflussmöglichkeiten, über die sie verfügen, zu nutzen, um Zugeständnisse Russlands bei Problemen zu erreichen, die den USA wichtig sind. Auf lange Sicht gibt es vielleicht die Möglichkeit, eine echte Partnerschaft und wirkliche Freundschaft mit Russland herzustellen – etwas also, was die Vereinigten Staaten versäumt, in den 1990er zu bewerkstelligen. Das Beste, was man jetzt tun

⁷⁷ Rajan Menon [Fn. 75].

⁷⁸ Nikolas K. Gvosdev, Associate Professor, National Security Affairs Department, Naval War College.

⁷⁹ David Holloway, Raymond A. Spruance Professor of International History und Senior Fellow des Freeman Spogli Institute for International Studies, Stanford University.

⁸⁰ Steven Pifer, Direktor der Brookings Arms Control Initiative.

kann, ist, Schaden zu begrenzen und die wesentlichen Bereiche von Zusammenarbeit, die es noch gibt, zu erhalten.⁸¹

Fazit

Am 14. September einigten sich die Außenminister Kerry und Lavrov in Genf über einen Sechs-Punkte-Plan zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen. Damit war die Drohung der USA mit einem Militärschlag gegen Syrien vom Tisch – zumindest vorerst. Auch die Atmosphäre war nach den zähen Verhandlungen entspannt. Bedeutet dies nun, dass die Vereinigten Staaten und Russland bereit sind, das ganze Betriebssystem auszuwechseln oder wenigstens einen neuen Neustart einzuleiten? Weder das eine noch das andere ist wahrscheinlich.

Das liegt zuallererst an den scharf gegensätzlichen Positionen der beiden Mächte zum Syrien-Problem selbst, die sich durch die Genfer Vereinbarung nicht verändert haben. Denn erstens wird die Vereinbarung unterschiedlich interpretiert. Während Kerry erklärt hat, dass die Drohung der USA gegen Syrien aufrecht erhalten werden müsse und er sich mit Lawrow darauf verständigt habe, dass der UN-Sicherheitsrat bei Zuwiderhandlungen Zwangsmaßnahmen gegen Syrien gemäß Kapitel sieben der UN-Charta verfügen würde, betonte Lavrov, in der Vereinbarung sei davon nicht die Rede und überhaupt müsse die US-von ihren Drohungen gegen das Land abgehen. Zweitens sehen sich die USA durch den Abschlussbericht der UN-Inspektoren zum Chemiewaffeneinsatz in Syrien voll und ganz in ihrer Position bestätigt, dass das Assad-Regime dafür verantwortlich sei. Russland dagegen spricht weiterhin von einer gezielten Provokation der Rebellen. Drittens gehen die russischen Waffenlieferungen an Syrien weiter. Diese werden von Moskau als legitime und völkerrechtlich zulässige Ausführung von Verträgen bezeichnet. Washington dagegen betrachtet die Lieferungen als Eingriff in den Bürgerkrieg zugunsten des Assad-Regimes und Ausbau seiner Fähigkeiten, massiv mit „konventionellen“ Waffen gegen die Rebellen vorzugehen – auch mit völkerrechtswidrigen Luftschlägen sowie schwerem Artillerie- und Raketenwerferbeschuss ziviler Gebiete.

Die Differenzen über spezielle Aspekte verbinden sich mit breiteren und grundsätzlicheren Unterschieden in Perzeption und Politik, die einen wesentlich neuen Ansatz der beiden Mächte als im höchsten Grade unwahrscheinlich erscheinen lässt.

So werden die Umwälzungen in der arabischen Welt unterschiedlich beurteilt. Während Washington mit dem „arabischen Frühling“ Hoffnungen auf die Entstehung demokratischer, liberaler und pro-westlicher Regime verbindet, stehen für Moskau die Gefahren des Zerfalls staatlicher Ordnung, sei diese auch noch so autoritär und repressiv, und des Vordringens islamistischer Kräfte im Vordergrund. Dabei weist es auf die Entwicklungen in Afghanistan, Irak und Libyen nach den westlichen Militärinterventionen, in Ägypten nach dem Sturz Mubaraks und die immer stärker werdenden Rolle des al-Quadria-Ablegers al-Nusra in Syrien hin. Ziel der Politik in diesem Raum sollte infolgedessen sein, „den Zusammenbruch und das Verschwinden säkularer Regime und den Machtantritt von Radikalen und Extremisten zu verhindern“.⁸²

⁸¹ Mark Kramer, Program Director, Project on Cold War Studies, Davis Center for Russia and Eurasian Studies, Harvard University.

⁸² Sergej Lavrov: Opening Remarks at the Press-Conference Devoted to the Results of Russian Diplomacy in 2012, Moscow, 23 January 2012 [=Ministry of Foreign Affairs],

Infolgedessen geht es Russland im Syrien-Konflikt nicht um Assad. Auch nicht primär um den (eher bescheidenen) Marinestützpunkt in Tartus oder die (geringen) Wirtschaftsbeziehungen mit Syrien und im arabischen Raum. Es geht um Russlands Rolle in der Weltpolitik und im globalen Sicherheitssystem. Die Weltordnung dürfe sich nur auf die 1945 geschaffenen Institutionen der Vereinten Nationen gründen – also auf den Konsens der fünf Mächte im Sicherheitsrat. Praktisch heißt das, dass nichts von einiger Bedeutung, was in der Welt vor sich geht, vor allen Dingen aber Gewaltanwendung, ohne die Zustimmung oder zumindest die Duldung Russlands geschehen darf. Es bedeutet auch, dass der Kreml an entscheidender Stelle mitbestimmt, was Völkerrecht ist und was nicht.⁸³

Von den Vereinigten Staaten wird erwartet, dass sie mit Russland, nachdem es sich von „den Knien erhoben“ hat, „auf Augenhöhe“ verkehren, es als gleichberechtigt ansehen. Im militärischen Bereich beinhaltet dies die Anerkennung nuklearstrategischer Parität seitens der USA und die Aufgabe ihrer (angeblichen) Anstrengungen, mittels des Aufbaus eines Abwehrsystems in Ostmitteleuropa strategisches Übergewicht über Russland zu erlangen. Gleicher Status in der Weltpolitik heißt für die russische Machtelite auch, wie oben ausgeführt, die „besonderen Interessen“ des Landes im postsowjetischen Raum zu berücksichtigen und die „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ sowohl in die Länder dieses Raums als auch in Russland aufzugeben. „Der Großteil der russischen Elite“, wie Sergej Karaganov, eine der Wetterfahnen des Kremls, im Jahre 2009 festgestellt hat, sei nicht bereit, für „konstruktive Beziehungen mit den Vereinigten Staaten“ Kompromisse einzugehen. Die Machtelite „sieht [darin] keine Vorteile für Russlands Modernisierung und die Stärkung seiner geopolitischen Positionen“.⁸⁴ Vier Jahre später hat sich daran nichts geändert.⁸⁵

Und in den Vereinigten Staaten? Ist dort größere Bereitschaft, für konstruktive Beziehungen mit Russland Kompromisse einzugehen, zu erkennen? Kaum. Konsensfähig in Washington ist weiterhin ein Weltbild, demzufolge die Außenpolitik eines Landes stark von der Innenpolitik bestimmt wird. Was Russland anbetreffe, räumten sogar seine wohlwollenden Interpreten im Lande ein, sei hinsichtlich eines möglichen Wandels seiner Politik „völliger Pessimismus“ gerechtfertigt: Die reaktionären Kräfte im System würden stärker. Repressalien würden noch selektiv angewandt, aber sie nähmen zu.⁸⁶ Ein sich so entwickelndes Russland, „regiert von Leuten wie Putin, kann [aber] kein Partner der Vereinigten Staaten sein, geschweige denn ein Verbündeter“.⁸⁷ Warum also sollte Washington seinen von Konkurrenzdenken und selektiver Kooperation geprägten Ansatz im Verhältnis zu Moskau aufgeben? Die wirtschaftliche Bedeutung Russlands für die USA ist gering, ihre Tendenz wegen der Schiefergas-

<http://www.mid.ru/brp_4.nsf/0/240B78C5F181088344257B040030FE8F>.

⁸³ Übereinstimmend Dmitri Trenin: The West Just Doesn't Get Putin,

<<http://carnegie.ru/2013/09/13/west-just-doesn-t-get-putin/gn3f>>.

⁸⁴ So Sergej Karaganov: Reconfiguration, not just a Reset: Russia's Interests in Relations with the United States of America. Report for the meeting of the Valdai International Discussion Club Moscow, June 2009,

<<http://valdaiclub.com/publication/22130.html>>.

⁸⁵ Sergej Karaganov: Why Do We Need National Identity?,

<<http://valdaiclub.com/politics/61920.html>>.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Zbigniew Mazurak: Why Russia Is No Friend of America,

<http://www.americanthinker.com/2011/01/why_russia_is_no_friend_of_ame.html>.

„Revolution“ fallend.⁸⁸ Auch die internationale politische Bedeutung Russlands für die USA ist absteigend. Teil des Neustarts der Regierung Obamas war ja ihr Bestreben, Russland zu logistischer, nachrichtendienstlicher und anderer Hilfe in Afghanistan zu bewegen. Der Abzug der amerikanischen Truppen aus diesem Land macht derartige Unterstützung entbehrlich und Afghanistan verstärkt zu einem russischen Problem. Auf den Neustart-Knopf drückte Obama auch wegen des Atomstreits mit Iran. Russland schien und war objektiv für die USA notwendig, um mittels Sanktionen Druck auf Teheran auszuüben. Mit Hassan Rohani als neuer Präsident und der sich abzeichnenden Möglichkeit direkter Verhandlungen zwischen Washington und Teheran könnte Moskau in amerikanischer Sicht auch deswegen weniger wichtig werden.

⁸⁸ Im Zeitraum von Juli 2012 bis Juli 2013 betrug der Handel der USA mit Russland weniger als 1,4% des Außenhandels insgesamt: US Foreign Trade. Top Trading Partners, <<http://www.census.gov/foreign-trade/balance/c4621.html>>. An den Importprodukten hatten Brennstoffe den größten Anteil. Jetzt wandelt sich die USA bei diesen Produkten von einem Importeur zum Exporteur.